„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigentaxen auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 31. Januar 1923 | 12 Seiten | Nummer 13

Dunning und die Farmer

Am Freitag, den 26. begann in Saskatoon die 22ste Jahreskonvention der Getreidebauer von Saskatchewan (S.G.G.A.) mit zwischen 600 und 700 Delegaten anwesend. Premier-Minister Hon. Chas. H. Dunning hielt bei Eröffnung derselben eine längere Rede. In der Einleitung bemerkte er, daß dies das vierzehnte Mal sei, daß er bei der Jahresversammlung anwesend gewesen. In diesen 14 Jahren habe er das Amt eines Direktors der Organisation bekleidet, sei einige Jahre Vize-Präsident der S.G.G.A. gewesen, habe die Generalleitung der Elevator Company in Händen gehabt, sei Provinzial-Schatzmeister gewesen und sei heute Premier-Minister der Provinz. Er sei immer Mitglied der Beaverdale Ortsgruppe (Local) geblieben und sei heute, sowie immer, als Delegat dieser Ortsgruppe anwesend.

„Und", so sagte er „der Führer der Opposition in der Legislatur ist anwesend und führt hier den Vorsitz. Aber diese Versammlung hier wird von mir nicht angesehen als eine Zusammenkunft der Gegner der Regierung. Ich werde diese Konvention der Getreidebauer von Saskatchewan ansehen und behandeln als eine Versammlung von Männern und Frauen verschiedener völkischer Herkunft, verschiedener religiöser Richtungen und verschiedener politischer Ansichten, die sich zusammengetan haben zum Nutzen und Besten der Landwirtschaft. Er wies darauf hin, daß die Konvention jede ihr beliebige Resolution annehmen könne und daß die Regierung der Provinz in dieser Richtung weder einen Druck ausüben wolle, noch sich durch solche Resolutionen ohne Weiteres gebunden fühle. Die Regierung ist dem ganzen Volke der Provinz verantwortlich durch die gewählten Abgeordneten in der Legislatur. Sie ist keiner anderen organisierten Körperschaft verpflichtet."

Volk soll entscheiden

In Manitoba und Alberta seien letzthin von den Regierungen Schritte in Bezug auf Besserung des Weizenmarkts getan worden. „Meine Regierung glaubt nicht, daß Zwangs-Gesetze und -Maßnahmen auf die Dauer diese wichtige Marktfrage regeln können. Wir glauben nicht, daß das Volk auf die Länge mit solchen Muß-Gesetzen einverstanden wären. Was wir für die gegenwärtige Lage am besten tun könnten und sollten, das werde ich mit den Ministern und Abgeordneten in der Legislatur; die am 8. Feb. beginnt, beraten müssen, wie es ja auch Premier Greenfield von Alberta tat. Ehe er seine Ankündigung machte, beriet er sich eingehend mit allen Abgeordneten der Regierungspartei und machte dann seine Ankündigung, die einmütig von den Mitgliedern seiner Partei angenommen worden war. Ebenso werde ich es auch machen. Die Vertreter des Volkes, die Leute, die in der Legislatur sitzen, müssen letzten Endes diese und andere wichtige Fragen entscheiden, denn dazu sind sie doch vom Volke gewählt worden."

Herr Dunning zeigte dann, daß die ganze Weizen-Marktfrage für Saskatchewan von viel größerer Bedeutung sei, als für Manitoba und Alberta zusammen. „Es ist für uns in tieferem Sinn eine Lebensfrage, sie schließt größere Verantwortung ein und größere finanzielle Verpflichtungen sind mit ihr verknüpft. Sie werden mich darum hoffentlich nicht tadeln, wenn ich als verantwortlicher Leiter der Regierung nicht rasche und unüberlegte Schritte tue. Es wird viel daran liegen, ob die Provinz Manitoba das Gesetz zur Bildung des Wheat Boards annimmt oder nicht. Wenn Manitoba mitmacht, dann handelt es sich um den ganzen westcanadischen Weizen und damit würde die Sache bedeutend erleichtert werden und es würden sich eher kompetente Leute finden lassen, dem Weizen Board als Leiter vorzustehen."

Schulden.

Redner kam dann auf die Frage der Einkollektierung von Schulden und sagte, daß der General-Anwalt seit längerem alle einschlägige gesetzliche Information sammele um der Gesetzgebenden Versammlung Vorschläge zu machen zwecks Durchführung eines vereinfachten und verbilligten Verfahrens der Schuld-Eintreibung. „Es ist leicht, radikale Maßnahmen vorzuschlagen — aber ich glaube nicht, daß ihr Farmer z. B. damit einverstanden wäret, wenn z. B. gesetzliche und Gerichtskosten dem Steuerzahler auferlegt würden. In Zivilklagesachen kann doch nur entweder der Kläger oder der Verklagte die Kosten tragen — aber nicht eine unbeteiligte dritte Person. Aber es werden wirklich Vorschläge dieser Art gemacht. In Gerichts- und Klagesachen giebt es Kosten, das kann nicht vermieden werden. Aber ich hoffe, wir werden die Sache so handhaben und einrichten, daß Ihr damit zufrieden sein könnt."

„Haben Sie es sich jemals überlegt", sagte Dunning, als er über die wirtschaftliche Lage sprach, „daß Saskatchewan mit weniger als 800,000 Einwohner, Nahrungsmittel produziert, die hinreichen für eine Bevölkerung von 30 Millionen und daß es nötig ist, das Getreide 5000 Meilen weit zu verschicken an diese 30 Millionen, denen es als Nahrung dienen soll und die es kaufen müssen? Da liegt das eigentliche wirtschaftliche Problem, das gelöst werden muß. Wenn dazu nun kommt, daß diese 30 Millionen in Europa wohnen — unter Zuständen und Verhältnissen, die nach und nach die Kräfte und Säfte der Völker aufzehren und ihre Kaufkraft zerstören, dann wird Ihnen wohl klar werden, wie wir dastehen. „Ich halte es für durchaus möglich, daß die französische Besetzung des Ruhr-Gebiets in Deutschland eine größere wirtschaftliche Wirkung auf Saskatchewan haben wird, als alles, was wir hier beraten und beschließen können. Es is das ein ernster Gedanke — trotzdem aber glaube ich, daß wir hier in Saskatchewan ein Land haben, in welchem sich recht gut leben läßt."

„In der ganzen Welt sind die Völker heute zerrissen und einer gegen den andern". Jeder will „sein Recht". Frankreich ruft „Ich will mein Recht" und Deutschland sagt dasselbe, was Frankreich sagt. So geht es in der ganzen Welt. Ein Volk gegen das andere — eine Klasse gegen die andere — und alle pochen sie auf „ihr Recht". Ich glaube nicht, daß die Zivilisation weiteren wirklichen Fortschritt machen kann — wenn die Völker, Klassen und Menschen nicht dazu kommen, den Nachdruck darauf zu legen, daß wir Pflichten zu erfüllen, anstatt Rechte zu verlangen haben.

Mennoniten von Rußland

Während eine Anzahl unserer Mennoniten von Canada auswandern und in südlicheren Zonen eine neue Heimat suchen, ist gegenwärtig ein Unternehmen hier in Canada in der Bildung begriffen, dessen Zweck und Ziel es ist, Tausende von Mennoniten aus Rußland nach Canada zu bringen. Es ist nämlich eine Gesellschaft unter dem Namen „Mennonite Colonization Association" gegründet worden, dessen Hauptquartier in Rosthern ist, wo noch viele Mennoniten der alten Schule ansässig sind. Wie es heißt, wird das ganze Unternehmen von den mennonitischen Gemeinden hier geleitet und werden diese die finanzielle Bürde übernehmen. Vorläufig sollen an 3000 Mennoniten aus dem Odessaer Gouvernement in Süd-Rußland nach Canada gebracht und auf den westlichen Prärien sowie in Britisch Columbien angesiedelt werden.

In Manitoba, namentlich in Winnipeg, betrachtet man das Unternehmen so günstig, daß die Handelskammer (Board of Trade) von Winnipeg bei der dortigen Provinz-Regierung vorstellig geworden ist, um diese zu bewegen, den Wünschen der Mennoniten in der Schulfrage entgegen zu kommen. Man will dadurch bewirken, daß die ansässigen Mennoniten in Manitoba verbleiben und auch weitere neue Siedler sich dort niederlassen.

Wir möchten in Verbindung mit dieser Sache die Hoffnung aussprechen, daß das Unternehmen ein voller Erfolg werden möge. Tausende von Mennoniten sind noch in Rußland und es wäre für diese sicher eine Erlösung, wenn sie von Rußland fortkämen und für Canada würde es von allergrößtem Nutzen und Segen sein, diese fleißigen, genügsamen und friedliebenden Leute hier anzusiedeln. Da sie als Landwirte unübertrefflich sind, so bedeuten sie gerade die rechte Klasse von Ansiedlern, die wir hier benötigen.

Während wir so die Hoffnung und Erwartung aussprechen, daß wir bald viele neue mennonitische Einwanderer erhalten, wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß unsere Regierung alles in ihren Kräften stehende tun muß, um die hier wohnhaften Mennoniten im Lande zu halten. Und das sollte ihr nicht schwer sein.

„Temps" sieht deutsch-russische Allianz.

Paris, 30. Jan. — Von dem halboffiziellen „Temps" wird die Möglichkeit einer russisch-deutschen Militär-Allianz gegen Frankreich ernsthaft erörtert.

Besetzung des Ruhrgebiets hat Frankreichs Hoffnungen stark enttäuscht

Reichsregierung appelliert an das deutsche Volk

Millionen von Deutschen beten um Befreiung vom Franzosenjoch

Düsseldorf, 30. Jan. — Der erste Abschnitt des Vorgehens Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland ist zu Ende, und der zweite beginnt. Bis jetzt ist es den Franzosen nicht gelungen, von Deutschland und dem Reichtume des Ruhrgebietes etwas herauszuschlagen, das den Lieferungen und Zahlungen, die an die Gutmachungs-Kommission gemacht wurden, auch nur nahe käme.

Die Deutschen sagen, daß bis letzten Sonntag kein einziger Kohlen führender Zug die französische Grenze passiert habe. Zwei Züge seien bis nahe zur Grenze gekommen, aber dann zurückgebracht worden. Kohlen sind in normaler Menge nach dem übrigen Deutschland gelangt. Ueberall wird der passive Widerstand stärker. Das Verhalten deutscher Beamten, womit fortgefahren wird, hat zur Folge, daß die Standhaftigkeit der Deutschen zunimmt und eine Mauer organisierten Widerstandes schafft.

Die Franzosen sagen, sie würden ihre Besetzungslinie ausdehnen. Heute wurden Artillerie und Munitionskolonnen nordwärts vorgeschickt. Täglich treffen zahlreiche französische Bahnleute ein, um die Plätze der Deutschen einzunehmen. Ein geheimes Einvernehmen zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitern hält die Kohlenproduktion zurück. Die meisten Kohlen werden nach Deutschland hineingeschickt. Bis jetzt haben die deutschen Arbeiter noch keine Neigung gezeigt, zu Sachzerstörung zu greifen. Es wird aber erwartet, daß, wenn die Franzosen fortfahren, Bahnleute aus Frankreich und andern Ländern herbeizubringen und fertig bringen, den Bahnbetrieb einigermaßen aufrecht zu erhalten, die Deutschen zu verzweifelten Maßnahmen greifen werden, um den Stillstand des Bahndienstes durchzusetzen.

Die deutschen Angestellten in den Staatsforsten bei Wiesbaden und Speyer haben sich geweigert, Beichle von den Franzosen anzunehmen. In der Mainzer Zone haben die deutschen Zollamts-Angestellten sich geweigert, unter Franzosen zu arbeiten. Heute wurden die deutschen Forstdirektoren in Köln und Trier von den Franzosen verhaftet unter der Beschuldigung, französische Weisungen nicht befolgt zu haben.

Reichsregierung appelliert an das deutsche Volk.

Berlin, 30. Jan. — Die Reichsregierung erließ einen von Präsident Ebert und Kanzler Cuno gezeichneten Aufruf an die Nation. Das Volk wird darin aufgefordert, auf Luxus jeglicher Art zu verzichten und die größtmöglichen Opfer zu bringen angesichts „der gemeinsamen Not des ganzen Landes, welche die Existenz des gesamten künftigen Deutschland und die Freiheiten und Rechte des ganzen Volkes bedroht" Einen ähnlichen Aufruf erließen leitende Industrielle und Handelsfirmen an Arbeiter und Arbeitnehmer im ganzen Reich. Die Regierung hat mit einem Fehlbetrag zwischen einer Trilliarde und dreihundert Milliarden und einer Trilliarde und sechshundert Milliarden Marks zu rechnen.

Abreise amerikanischer Truppen beklagt.

Die Abreise der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland wird vom deutschen Volk allgemein bedauert. Die Presse fürchtet, daß den Franzosen dadurch ihr Vorhaben erleichtert wird.

Millionen von Katholiken überfüllen Kirchen und Kathedralen.

Düsseldorf, 30. Jan. — „De profundis" war das Gebet, das aus Millionen deutscher Herzen am vergangenen Sonntag in den kath. Kirchen des Rheinlands und der Ruhr anläßlich eines Hirtenbriefes Kardinals Schulte zum Himmel strömte. Der Kardinal selbst zelebrierte einen höchst eindrucksvollen Gottesdienst im Kölner Dom und sämtliche Gläubigen wiederholten ihre Gebete mit leidenschaftlicher Inbrunst. Aus allen Rheingegenden strömten die Leute zum Kölner Dom, und mußten dieselben nach Beendigung des Gottesdienstes die unangenehme Wahrnehmung machen, daß sie infolge des nur sich greifenden Eisenbahnstreiks nicht mehr heimkehren konnten.

Alle Zeitungen unterdrückt.

Aachen, 30. Jan. — Die belgischen Behörden verboten alle hiesigen Zeitungen für drei Tage, nur Sonntags für Veröffentlichung einer beleidigenden Rede, welche ein deutscher Cross-Leutnant gehalten hat.

Essen, 30. Jan. — Die Beschäftigungslosigkeit nimmt stetig zu, der Bahnverkehr bleibt im ganzen Tal verkümmert und die Rheinfähre zwischen Meiel und Köln eingestellt. Ungefähr 150,000 Bergleute sind jetzt untätig.

Unruhen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 30. Jan. — Gemischtes in verschiedenen Teilen der Stadt hörte zu später Stunde auf, als französische Reiterei und Infanteriepatrouillen die Straßen säuberten. Um Mitternacht war Düsseldorf außerlich ruhig. Während der Ruhestörung wurden zwei Deutsche verwundet. Sie begann am Frühabend, als eine Volksmenge gleichzeitig die Rückkehr von Fritz Thyssen und einen zweistündigen Proteststreik feierte. Wenn immer die französischen Gewehre sprachen, suchte die Bevölkerung Schutz. Auch ein starker Regen dämpfte den Eifer der Deutschen.

Zwei weitere Armeekorps.

Die Franzosen täuschen sich nicht über den Ernst der Lage. Zwei weitere Armeekorps eilen aus Elsaß-Lothringen herbei. Düsseldorf und Essen sind die Hauptsitze der Wirrnisse unter den Rekruten. Eine ernste Ausschreitung in Essen wurde verhütet, als General Fodanzer den Bürgermeister Luther kommen ließ und ihm eine militärische Karte der Stadt zeigte. Vier rote Kreise darauf bezeichnen die Stellung der französischen und belgischen Truppen. Sagen Sie Ihrer Bevölkerung, daß sie auf unsere Truppen keinen Angriff machen darf oder wir werden die ganze Stadt beschießen, erklärte der General dem Bürgermeister. Die hiesige Störung war hauptsächlich beim Hotel Briedenfischer, das fast völlig für die französischen Offiziere requiriert ist.

Senat wird Eingreifen fordern.

Washington, 30. Jan. — Im Senat steht eine neue allgemeine Besprechung internationaler Beziehungen bevor. Der Senat wird sicher die Meinung zum Ausdruck bringen, daß die amerikanische Regierung nicht länger abseits stehen darf. Viele Mitglieder beider Parteien glauben, es dürfe nicht zugelassen werden, daß sich die französisch-deutsche Krise zu ihrem notwendig kommenden Schlusse entwickelt.

Amerikaner in Koblenz erklärt, daß Frankreich Deutschland Bolschewismus in die Arme treibt. — Explosion prophezeit.

Koblenz, 30. Jan. — „Behalter Rußland im Auge", ist der Rat, den einer der am besten informierten amerikanischen Beamten in Deutschland dem Korrespondenten des „Universal Service" gegeben hat. „Ich glaube, daß Frankreich Deutschland dem Bolschewismus in die Arme treibt", erklärte er. „Die Situation spitzt sich von Stunde zu Stunde mehr zu. Viele Tausende unter der deutschen Jugend machen im geheimen mobil. Nach meiner Ueberzeugung wird die Explosion erfolgen, sobald unsere Truppen hier abgezogen sind, und die Feindseligkeiten werden dann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Mainz und Düsseldorf sind die reinen Pulverkammern, und ein einziger Funke wird einen großen Brand hervorrufen."

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Pariser Polizei bemüht, Anarchistenverschwörung zu entdecken.

Paris, 30. Jan. — Die Polizei versucht, die Gruppe Anarchisten zu entdecken, die, nach ihrer Ansicht, für den durch die Anarchistin Germaine Berton begangenen Mord des Führers des Royalistenverbandes der Tat, Marius Plateau, verantwortlich ist. Hunderte von Polizisten durchsuchten die Wohnungen von 22 Anarchisten und die Bureaus der anarchistischen Zeitungen Fraternelle, Libertaire und Union Anarchiste.

Mehr als zehn Angestellte des „Berliner Tageblatt" durch fallende Bausteine erschlagen.

Berlin, 30. Jan. — Zwischen 10 und 18 Angestellte des „Berliner Tageblatt" wurden durch Bausteine erschlagen, die von einem Krahnen fallen gelassen wurden und im Fallen durch vier Stockwerke des Gebäudes schlugen. Unter den Toten sind mehrere weibliche Angestellte. Sechzehn Personen wurden schwer und viele leicht verletzt. Das Gebäude wird um zwei Stockwerk erhöht.

Briten schließen Soviet-Gesandten aus.

Shanghai, 30. Jan. — A. A. Joffe von Moskau, Soviets außerordentlicher Bevollmächtigter für China, ist nicht zu der britischen Kolonie Hongkong und auch nicht zu der portugiesischen Kolonie Macao zugelassen worden.

Letzte Nachrichten

London. — Wegen der Haltung der türkischen Delegaten in Lausanne haben die britischen Militärbehörden im Irak Truppen und Luftschiffe nach dem Mosul-Gebiet entsandt.

Paris. — Das „Echo de Paris" berichtet, daß gelegentlich einer Demonstration in Bayonne bei Bayern die französischen Soldaten auf die Menge Feuer gaben und 20 Deutsche töteten. Die Nachricht ist noch nicht bestätigt.

Warschau. — Eine amtliche Erklärung dementiert die Nachricht, daß polnische Grubenarbeiter ins Ruhrgebiet gesandt worden seien.

Quebec. — Das katholische Kloster in St. Gedeon wurde völlig durch Feuer zerstört. Alle Nonnen konnten sich retten, doch konnte keinerlei Inventar herausgeschafft werden.

Berlin. — Die gewaltsame Abtrennung des Rheinlands vom Deutschland wird von den Franzosen stetig und energisch weiter betrieben. Die deutsche Regierung ist in den Besitz einer Proklamation gekommen, welche die Franzosen im Rheinland verbreiten und welche die Errichtung der Rheinland-Republik am 1. Februar ankündet.

Berlin. — Premier Poincaré von Frankreich erklärt, daß die französischen Truppen im Ruhrgebiet bleiben werden, bis Deutschland die Reparations-Zahlungen macht. Da Deutschland diese Zahlungen nicht machen kann, so bedeutet das stetiges Verbleiben der Herren Franzosen auf deutschem Boden.

Toronto. — Canadas Gutmachungs-Forderungen gegen Deutschland werden schließlich beglichen werden durch Besitz deutscher Staatsangehöriger in Canada, erklärte Thomas Mulvey, Unterstaatssekretär. Die canadischen Forderungen belaufen sich auf annähernd 28 Millionen Dollars und wurde während des Krieges deutscher Besitz im Wert von 38 Millionen Dollars beschlagnahmt.

Belgrad. — Das Regierungsblatt „Tribune" berichtet, daß Rußlands Auslandminister Tschitscherin einen Geheimvertrag mit Ismet Pascha in Lausanne gemacht hat, kraft dessen sich Rußland und die Türkei im Kriegsfall gegenseitig militärisch unterstützen werden. Der Vertrag bestimmt, daß die Russen einige Divisionen nach Mesopotamien entsenden werden, sollte es in Kleinasien zu einem englisch-türkischen Krieg kommen.

Brüssel. — Die belgische Arbeiterpartei erließ ein Manifest, in welchem die Besetzung des Ruhrgebiets scharf getadelt wird. Der Aufruf spricht sich für eine Lösung der Gutmachungsfrage durch Streichung der interalliierten Schulden, Verringerung der deutschen Gutmachung und Emission einer riesigen internationalen Anleihe mit der Hilfe Amerikas aus.

Konvention der Vereinigten Farmer

Am Freitag begann in Saskatoon die Jahres-Konvention der Vereinigten Farmer von Saskatchewan, die von allen Teilen der Provinz durch Delegierte der Ortsgruppen besucht ist.

Bei der Eröffnung hielt Hon. Chas. H. Dunning eine Rede, deren Hauptinhalt wir an anderer Stelle bringen.

Hudsons Bay Bahn.

Am Sonnabend Nachmittag wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt, in die Landesregierung zu dringen, daß diese die Hudson's Bay Bahn so schnell wie nur möglich fertig ausbaut.

In Verbindung mit dieser Frage hielt J. A. Campbell, Kommissar für Nord-Manitoba, einen zweistündigen Vortrag, in welchem er in der Hauptsache nachwies, daß die Farmer des Westens einen Vorteil in zweifacher Hinsicht durch diese Handelslinie gewinnen würden: einmal würden die Frachtraten auf das ausgeführte Getreide niedriger werden, andererseits auch die Importgüter zu geringeren Frachtsätzen eingeführt werden können. Er führte unter anderm dabei aus, daß z. B. Kohle aus Wales über die Hudson's Bay Linie importiert billiger in Saskatoon verkauft werden könnte als einheimische Kohle. Die Dominion-Regierung habe sich wiederholt verpflichtet, die Linie zu bauen und sie müsse jetzt die Fertigstellung in kürzester Frist vornehmen.

Für „Wheat Board".

Am Sonnabend wurde auch die Wheat Board Frage behandelt und folgende Resolution angenommen: „Da das jetzt bestehende System des Getreidemarkts dem Produzenten nicht den vollen Wert seines Weizens gibt; und da das Verlangen unter den Farmern der drei Prärieprovinzen besteht, einen Weizen-Board zur Vermarktung der Ernte des Jahres 1923 zu bilden, beschließen wir, erneut diesen „Wheat Board", mit ungefähr denselben Vollmachten wie im Jahre 1919, zu verlangen und die Regierung zu ersuchen, mit den Provinzial-Regierungen von Manitoba und Alberta zu diesem Zweck zusammen zu arbeiten; weiter ersuchen wir unsere Vertreter im Dominion Parlament, die notwendigen Maßnahmen von der Landesregierung zu erwirken."

In Verbindung mit diesem Beschluß gab es eine zweistündige Debatte, in welcher es sich zeigte, daß die Ansichten unter den Vereinigten Farmern ziemlich weit auseinander gehen. Einige wollten einen permanenten „Wheat Board", andere gar keinen, während die Mehrzahl für einen temporären „Wheat Board" waren. Man will diese Maßnahmen als Notbehelf in der kritischen Lage, in welcher sich unsere Landwirtschaft augenblicklich befindet. Herr Geo. Langlen erklärte unter anderem, daß dieser Board notwendig sei und bereits im Jahr 1922 hätte funktionieren sollen. Er müsse aber allen denen entgegentreten, die der Ansicht sind, daß die Provinz-Regierung daran schuld sei, daß letztes Jahr kein „Wheat Board" funktioniert hätte. Die Regierung wäre vollkommen aufrichtig und ehrlich vorangegangen und die ganze Sache hätte sich daran zerschlagen, daß man keine geeigneten Männer zur Leitung des großen Geschäftes hätte bekommen können.

Herr Dunning sprach sich dahin aus, daß seine Regierung letztes Jahr ihr Bestes in dieser Sache getan habe. Was den „Wheat Board" von 1919 anbetreffe, so habe dieser seine Daseinsberechtigung gehabt durch die damalige allgemeine Lage, die durch den Krieg hervorgeführt war. Es sei eine autokratische Maßnahme gewesen, die unter den damaligen anormalen Umständen gut genug gearbeitet habe. Aber eine bleibende Lösung der Frage kann das nicht sein. Bei einer solchen autokratischen Zwangsmaßnahme könne man auch schwerlich ausfinden, ob die Sache wirklich so ehrlich und tüchtig geleitet wurde, als nötig sei. Man könne selbst heute nicht sagen, ob der „Wheat Board" von 1919 so tüchtig und ehrlich gehandhabt worden sei, als es hätte geschehen können und ob der Preis nicht höher auf offenem Markt gewesen sein würde. Dazu kam, daß die Sache im Jahre 1919 sehr leicht und einfach zu handhaben war. Der Geschäftsleiter des Boards von 1919 habe ihm gesagt: „Es war sehr einfach. Wir verkauften nur an Regierungen — die Regierungen machten alle Kaufkontrakte —" Heute würde das natürlich ganz anders sein. Er sei aber willens, sowohl mit den Regierungen der Schwester-Provinzen wie mit allen Farmer-Vereinigungen des Westens die ganze Sache eingehend zu besprechen und womöglich eine Lösung des Problems zu finden. Er sei nicht an den sogenannten „Dunning Plan" gebunden. Es gäbe ja auch andere Pläne und Wege, aber er glaube, daß das Volk schließlich zu einer Lösung im kooperativen Sinne kommen werde.

Herr Dunning führte dann noch aus, daß, wenn ein „Wheat Board" zustande käme, die Getreidefirmen wohl kaum versuchen würden, auf gerichtlichem Wege der Behörde ernste Schwierigkeiten zu machen. Auch glaube er nicht, daß Elevator-Gesellschaften ihre Speicher schließen würden. Diese Leute seien ja doch da, um etwas Geld zu verdienen und das könnten sie doch nicht, wenn sie die Elevatoren zumachten.

Mitgliedschaft.

Da die Zahl der Mitglieder in den letzten Jahren bedeutend herabgegangen ist, hat man allerlei Pläne zur Beratung, wie die Vereinigung mehr Mitglieder bekommen kann. Man ist sich wohl klar darüber, daß viele Leute ihr Interesse an der Farmer-Vereinigung verloren haben, durch das Eintreten der Vereinigten Farmer in die Politik. Dazu kommt die schlechte Lage mancher Farmer und eine gewisse Enttäuschung, die daher kommt, daß man zu große Erfolge für den Einzelnen erwartet hatte.

Um ein regeres Interesse wachzurufen, sollen im Sommer in verschiedenen Municipalitäten Versammlungen im Freien nach der Art der Chattauqua Meetings gehalten werden, welche von den Beamten und Vorstehern der Ortsgruppen zu veranstalten und so interessant als möglich zu machen sind.

Am Montag kam eine Resolution zur Besprechung, die bezweckte, daß nur „wirkliche Farmer" Mitglieder der Saskatchewan Grain Growers sein dürften. Dieser Beschluß wurde niedergestimmt. Mit großer Mehrheit wurde ein Vorschlag niedergestimmt, der eine Aenderung im Namen der Association bezweckte. Der vorgeschlagene Name war „United Farmers of Saskatchewan" und wollten die, die diesen Namen vorschlugen, mal damit hinweisen auf die Aehnlichkeit oder Gleichheit der Ziele der Farmervereinigungen mit denen in Alberta und Manitoba, wo die offiziellen Namen „United Farmers of Manitoba resp. Alberta" sind. Es bleibt also bei dem alten Namen: Saskatchewan Grain Growers Association.

Hon. J. A. Maharg wurde zum dreizehnten Mal zum Präsidenten der Grain Growers gewählt.

Am Montag beschloß die Konvention, daß die Landes-Regierung in jeder Hinsicht unterstützt werden müsse in ihren Bemühungen, „wünschenswerte" Einwanderer zu bekommen. Dieser Beschluß wurde angenommen mit der Einschränkung, daß die Regierung alles tung müsse, um den bereits hier auf dem Lande Wohnenden ihr Los zu erleichtern und sie auf dem Lande zu halten.

Die Konvention erklärte sich fast einmütig gegen Regierungs-Kontrolle des Verkaufs geistiger Getränke und stellte sich damit wieder in die Reihe der engherzigen Prohibitionisten.

Die Konvention wird wohl am Dienstag Abend zu Ende kommen.

Wilhelms Geburtstag nebst Gerüchten über Ehezwist.

Doorn, 30. Jan. — Verwandte des vormaligen Kaisers versammelten sich am Samstag in Doorn zur Feier von Wilhelms 64. Geburtstag. Zu gleicher Zeit schildern Berichte aus holländischen Quellen Ehewirrnisse in dem einst kaiserlichen Haushalt. Eine Bestätigung dieser Gerüchte ließ sich indes nicht erlangen. Wilhelm und die Prinzessin gingen gestern in dem Garten spazieren. Der ehemalige Kronprinz kam gleichfalls anläßlich des Geburtstages seines Vaters.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Dunning und die Farmer. — Besetzung des Ruhrgebiets usw. — Konvention der Vereinigten Farmer. — Mennoniten von Rußland. — Letzte Nachrichten.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Erzählung: Gertrud auf wunderbarem Pfad zum Glück.
S. 3—Ein Klar Klan. — Das ohnmächtige England. — Allgemeines.
S. 4—Aus Saskatoon und Umgegend. — Besetzung des Ruhrgebiets.—Schnapsflotte tut Riesengeschäfte.
S. 5—Anzeige Christie Grant's.
S. 6—Für unsere Hausfrauen. — Für die Kinder. — Für unsere Farmer.
S. 7—Erzählung: „Tief Sünden der Väter."
S. 8—Regina und Umgegend. — Englands traditionelle Politik.
S. 9—Nachrichten aus Alberta. — Allgemeines. Für kath. Leser: Volksvereins-Nacht.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Fortsetzung der Weltumschau. — Die Wacht am Rhein.—Kleine Anzeigen.
S. 12—Aus canadischen Provinzen.